

# Neue Intervention

## Von der Leyen erwägt Libyen-Einsatz

Jörg Kronauer

---

Der nächste, bitte. »Deutschland wird sich nicht der Verantwortung entziehen können«, ließ sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Montag in Springers *Bild* zitieren – und nach diesem Halbsatz konnte man sich das Weiterlesen eigentlich sparen. »Verantwortung« heißt im deutschen Politjargon nicht, dass man womöglich dem furchtbar krisengebeutelten Griechenland den NS-Zwangskredit zurückzahlt oder vielleicht Flüchtlinge aus dem Kosovo aufnimmt, wo man nach fast 17 Jahren Truppenstationierung immer noch keine Besserung der Lage herbeigeführt hat. Nein, die Vokabel »Verantwortung« pressen deutsche Politiker üblicherweise dann über ihre Lippen, wenn sie ankündigen wollen, man werde in Kürze die Bundeswehr in einen neuen Einsatz schicken. So war es auch gestern in *Bild*. Im aktuellen Fall geht es dabei um Libyen.

Libyen gehört zu den Ländern, die der Westen – wie den Irak – mit einem Krieg oder – wie Syrien – durch Befeuern eines Bürgerkrieges weitgehend zerstört hat. Wie in Syrien und im Irak hat sich inzwischen auch in Libyen der sogenannte Islamische Staat (IS, Daesch) festgesetzt, der den Westen offen herausfordert und der deshalb von den Staaten Europas und Nordamerikas militärisch bekämpft wird. Eine neue Intervention etwa der NATO in Libyen ist daher schon mehrfach erwogen worden.

Für Berlin ist der »IS« freilich nur der äußere Anlass. Weil die USA ihre Kräfte stärker auf die Rivalität mit China fokussierten, könne Deutschland in strategisch bedeutenden Regionen rings um Europa die eigenen Positionen ausbauen und sich »auf das zunehmend instabil werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien konzentrieren«, schlug im Herbst 2013 die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in ihrem Strategiepapier »Neue Macht. Neue Verantwortung« vor. Genau das geschieht inzwischen, wie die Bundeswehr-Einsätze in Mali, im östlichen Mittelmeer, in Syrien und im Irak, in Afghanistan, aber auch am Horn von Afrika zeigen. Eine neue Intervention in Libyen schließt eine weitere Lücke in diesem Ring.

Die Bundesregierung geht bei ihren Einflussbemühungen systematisch vor. Im Juni 2015 führte sie in Berlin eine große Libyen-Konferenz durch, dann setzte sie durch, dass der deutsche Diplomat Martin Kobler Anfang November zum UN-Sondergesandten für Libyen ernannt wurde; der deutsche Einfluss auf die internationale Libyen-Politik wächst also. Kobler treibt die Bildung einer Einheitsregierung in Tripolis voran, der dann eine (von der Bundeswehr mit ausgebildete) Armee zur Seite gestellt werden soll, um das zerfallene Libyen wieder unter Kontrolle zu bekommen. Ganz wie in Afghanistan also. Auch die Erfolgsaussichten sind denjenigen am Hindukusch durchaus vergleichbar: Gestern erst hat sich Kobler mit seinen Plänen bei maßgeblichen Autoritäten im Osten Libyens eine klare Abfuhr geholt. An den Interventionsplänen hindern lässt sich Berlin davon aber wohl nicht.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/01-19/036.php>